

Der „Geist von München“ und die Friedensbewegung

Ein Gespräch mit Henri Ménudier

Die Auseinandersetzungen um den im Dezember 1979 von der NATO gefassten Beschluß, amerikanische Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa für den Fall aufzustellen, daß es in Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht gelingen sollte, diese zum Abbau ihrer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 zu bewegen, machen einen frappanten Unterschied deutlich: Während in der Bundesrepublik heftig gegen die Aufstellung von Raketen demonstriert wird, gibt es in Frankreich weder eine der deutschen Friedensbewegung vergleichbare Protestbewegung noch eine ähnlich geführte Diskussion. Woran liegt das? Klaus Nientiedt befragte dazu den Politikwissenschaftler Henri Ménudier, Professor am Institut d'Etudes Politiques de Paris.

HK: Herr Professor Ménudier, die Franzosen galten lange Zeit innerhalb der NATO eher als unsichere Kantonnisten. Im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß der NATO und dessen Durchführung sind sie dagegen fast zu den Musterschülern der USA geworden, eine Bezeichnung, die sonst eher für die Bundesrepublik gebraucht wird. Hat sich die französische Verteidigungspolitik gewandelt?

Ménudier: Änderungen in der offiziellen französischen Verteidigungspolitik gab es vor allem mit dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO. Wobei – und dies ist oft nicht genug wahrgenommen worden – Frankreich zwar die militärische Organisation der NATO verlassen hat, in der Atlantischen Allianz aber geblieben ist. Aber gerade in einer Zeit, in der man in der Bundesrepublik nur auf die Atlantische Allianz und die NATO schwor, sah man es ungern, daß Frankreich praktisch einen anderen Weg ging. Daher die Vorwürfe gegen Frankreich, ein unsicherer Kantonist zu sein. Nach 1945 war es der Wunsch Frankreichs, einen eigenen Weg zwischen Ost und West zu gehen. Das war die politische Vorstellung von de Gaulle. Gelingen konnte das aber nicht, da Frankreich nach 1945 nicht mächtig genug war, um einen solchen Weg einzuschlagen. Deshalb machten wir gleich 1949 bei der NATO und der Atlantischen Allianz mit. Nachher versuchte de Gaulle, eine Art Triumvirat, eine Führungsgruppe zu dritt, bestehend aus den USA, Großbritannien und Frankreich, zustande zu bringen.

HK: Als dies abgelehnt wurde, wollte de Gaulle aber die NATO verlassen ...

Ménudier: Er suchte einen eigenen Weg, aber er war nicht so dumm anzunehmen, Frankreich oder gar ganz Europa könnten sich allein verteidigen. Er wußte sehr genau, daß wir die Amerikaner dafür brauchten. Verwirrung gab es nachher beim Aufbau der französischen Atomkraft, der

„force de frappe“, eine Verwirrung, die im Grunde bis heute nicht ganz überwunden ist. Und zwar stellte sich die Frage: Was wollen wir eigentlich verteidigen? Nur unser Land, oder sind wir auch bereit, noch weiter zu gehen? Unter de Gaulle hieß es, daß wir nur das Sanctuarium, das Vaterland, verteidigen würden. Inzwischen hat sich unser Verteidigungskonzept erweitert. Wir sind bereit, in Europa unseren Beitrag an der Gesamtverteidigung zu leisten, besonders in bezug auf die Bundesrepublik. Deswegen gelten wir jetzt als Musterknaben.

„Wir sind ein unabhängiges Land“

HK: Wenn Frankreich mit seiner Atomkraft auch über das eigene Territorium hinaus Verantwortung übernehmen will, ist dann nicht die Forderung der Sowjetunion – eine Forderung, die auch in der deutschen Friedensbewegung unterstützt wird – verständlich, die französischen (neben den britischen) Raketen in den Genfer Verhandlungen mitzählen zu wollen?

Ménudier: Wir haben gute Gründe, unsere Raketen nicht mitzählen zu lassen. Die französische Atomkraft kann man nicht mit der sowjetischen vergleichen. Wenn Sie bei den Sowjets etwas wegnehmen, dann bleibt nach wie vor ein sehr großes Rüstungspotential. Wenn Sie bei uns einige Atomwaffen wegnehmen, bleibt kaum mehr etwas übrig. Unsere Atomkraft hat gerade eine gewisse Glaubwürdigkeitsschwelle erreicht. Im übrigen verhandeln Sowjets und Amerikaner in Genf. Wieso sollen Sowjets und Amerikaner über französische und britische Waffen entscheiden können? Unsere Waffen stellen eine souveräne Entscheidung des französischen Volkes, der französischen Regierung dar. Wir sehen natürlich schon den Versuch der Sowjetunion, hier Schwierigkeiten zwischen Frankreich und den anderen westlichen Verbündeten zu schaffen, indem man uns den Schwarzen Peter zuschiebt. Man darf die Probleme nicht verkehren: Das Problem sind nicht unsere Atomwaffen. Das eigentliche Problem in dieser Nachrüstungsdiskussion ist, daß die Sowjetunion ein Ungleichgewicht geschaffen hat mit dem Aufbau der SS-20. Und da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Sowjets rüsten ab, was sie wahrscheinlich nicht tun werden. Wenn sie nicht abrüsten wollen, dann muß das Gleichgewicht wiederhergestellt werden, d. h., es muß die Pershing kommen.

HK: Frankreich ist nicht Mitglied der militärischen Organisation der NATO. Zugleich aber unterstützt es besonders deutlich den Doppelbeschluß. Sowohl zur NATO als auch zur Friedensbewegung bleibt Frankreich auf Distanz. Wie läßt sich das miteinander vereinbaren?

Ménudier: Die sozialistische Regierung hat immer wieder darauf hingewiesen, daß wir ein treuer Verbündeter sind, daß wir bereit sind, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Und ich glaube, dieses Engagement wird von François Mitterrand besonders stark unterstrichen, weil er Kommunisten in seiner Regierung hat. Mitterrand will deutlich machen, daß er nicht bereit ist, dem Druck der Kommunisten nachzugeben.

HK: Also demonstrative Standfestigkeit, um das Mitregieren der Kommunisten möglichst herunterzuspielen?

Ménudier: Das wäre zu kurz gegriffen. Es gibt hier eine Kontinuität der französischen Politik: Immer dann – und das hat gerade auch de Gaulle unter Beweis gestellt –, wenn das Atlantische Bündnis in Schwierigkeiten geriet, wenn es starkem Druck aus dem Osten ausgesetzt war, hat Frankreich gezeigt, daß es auf der Seite der westlichen Verbündeten stand. Denken Sie an die Krisen um Berlin und Kuba. Das ist, wenn Sie so wollen, das Doppelspiel Frankreichs: Wir sind nicht Teil der militärischen Integration, stehen aber zur Allianz. Und immer wieder erinnern wir daran, daß wir ein unabhängiges Land sind. Gerade weil dies von den Kommunisten angezweifelt wird, hat Mitterrand es noch am 14. Juli deutlich gesagt: Die Zuständigkeit für die französische Verteidigungspolitik liege nirgendwo anders als in Frankreich. Alles, was die nationale Unabhängigkeit angehe, werde weder in Washington, noch in Moskau, noch auch in Genf, sondern in Paris entschieden.

HK: Frankreich betreibt seine Außen- und Verteidigungspolitik mit einer deutlich nationalen Akzentsetzung, versucht Moskau und Washington gegenüber international so etwas wie eine dritte Kraft darzustellen, in Dritte-Welt-Fragen tritt man vielfach – zumindest rhetorisch – als Interessenvertreter der Entwicklungsländer auf ... All das müßte Frankreich zu einem idealen Partner der Friedensbewegung machen. Die Friedensbewegung ihrerseits weist ausdrücklich auf die Verwandtschaft der politischen Ziele hin. Dennoch gehört Frankreich zu den Ländern, in denen sie vergleichsweise wenig Rückhalt hat. Warum ist das so?

Ménudier: Die Friedensbewegung beunruhigt die Franzosen außerordentlich. Denn wir können diesen unabhängigen Kurs nur weiterverfolgen, wenn wir imstande sind, uns selbst zu verteidigen. Alles, was diese Verteidigungsanstrengungen in Frage stellt oder schwächt, gilt daher als gefährlich.

„Wir waren zu feige, uns Hitler entgegensustellen“

HK: Dies ist ein politisch-taktischer Grund, aber wo sehen Sie die eigentlichen Wurzeln für dieses Verhalten?

Ménudier: Eine große Rolle spielt das Argument Vergangenheit. Die Friedensbewegung und der Pazifismus haben sich bei uns in Frankreich mehr oder weniger diskreditiert. Sie sind unglaubwürdig geworden. Der Pa-

zifismusgedanke war schon im 19. Jahrhundert bei uns sehr stark. 1870 erlitt er einen deutlichen Rückschlag. Es ist interessant zu sehen, daß eine pazifistische Gegenbewegung gerade zu Zeiten großer Bedrohungen entsteht. Wir haben sie 1914 gehabt, ebenso 1938/39, und wir haben sie heute. Im Ersten Weltkrieg gab es auch innerhalb der französischen Armee eine pazifistische Bewegung, weil die Soldaten mit den Greueln der Massenvernichtung, dem Grabenkrieg nicht einverstanden waren. Sie fragten sich, warum sie eigentlich noch kämpfen und sterben sollten. Dann kam die Erfahrung von 1938 ...

HK: Ist das der wirkliche Unterschied?

Ménudier: Ja, der Bezugspunkt für die pazifistische Diskussion ist in Frankreich das Jahr 1938, in der Bundesrepublik 1945. Die schlimme Erfahrung der Deutschen ist der Zusammenbruch des Dritten Reiches. Sie wollen keinen Krieg mehr führen. Die schlimme Erfahrung der Franzosen ist das eigene Versagen 1938: Wir hatten Angst. Wir waren zu feige, uns Hitler entgegensustellen. 1938 gab es den Anschluß Österreichs und das Münchner Abkommen. Viele Franzosen sagen: Schon 1936 waren wir zu feige, als das linke Rheinufer wieder militarisiert wurde. Hätten wir da doch frühzeitig eingegriffen. Damals war die Wehrmacht noch schwach. Wir hätten Hitler stoppen und somit den Zweiten Weltkrieg verhindern können. Diese Reaktion gegen den „Geist von München“ läßt sich verfolgen bis hinein in die Diskussion um das Engagement im Tschad. In den Zeitungen fragt man sich, ob wir früh genug eingegriffen haben. Frankreich will nicht wieder den Fehler begehen wie 1938. Das ist eine Art Trauma in der französischen öffentlichen Meinung. Man will nicht wieder so schwach sein und nachgeben.

HK: Sie sagten, die Friedensbewegung beunruhige Frankreich außerordentlich. Meinten Sie damit in erster Linie die Friedensbewegung in der Bundesrepublik?

Ménudier: Eindeutig ja, denn es herrscht in Frankreich die alte Furcht, die Bundesrepublik könne sich irgendwie aus dem westlichen Lager entfernen und eine Verständigung mit dem Osten suchen mit dem Ziel einer späteren Wiedervereinigung in der Neutralität. Man sieht hier wieder Kontinuitäten der Geschichte. Einen Rapallo-Komplex könnte man dies nennen.

HK: Bleiben wir einmal beim Stichwort Neutralität. Mehr vielleicht als in der Bundesrepublik selbst sieht man im Ausland, gerade auch in Frankreich, das Gespenst eines wiedererwachten Neutralismus und eine nur ungern gesehene Belebung des Wiedervereinigungsgedankens heraufziehen. Daß der Osten es nicht gerne sieht, wenn in der Bundesrepublik von Wiedervereinigung die Rede ist, daran haben sich die Bundesdeutschen gewöhnt. Daß es im Westen darum nicht viel besser bestellt zu sein scheint, leuchtet nicht allen ein. Wenn Deutsche nun fordern, was Franzosen seit Jahren praktizieren, nämlich eine Außen- und Sicherheitspolitik, die vor allem dem eigenen nationalen Interesse dient, dann finden auch Franzosen dies

außerordentlich bedrohlich. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen?

Ménudier: Das ist ein Punkt, an dem wir etwas schwach sind in der Diskussion, und wo wir auf unsere Widersprüche hingewiesen werden. Zwei Bemerkungen dazu: Erstens ist die geographische Lage Deutschlands von der Frankreichs sehr verschieden. Frankreich ist kein Frontstaat wie Deutschland. Die Deutschen leben nicht an der Stelle Frankreichs, Italiens oder Spaniens. Sie leben mitten in Europa. Und es ist verständlich, daß sie sich besonders bedroht fühlen. Zweitens besteht zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ein wesentlicher Unterschied in bezug auf ihren internationalen Status. Frankreich ist ein unabhängiges und souveränes Land. Die Bundesrepublik verfügt dagegen eigentlich nur über eine begrenzte Souveränität.

HK: Die Bundesrepublik ist Vollmitglied der NATO, aber begrenzte Souveränität?

Ménudier: Ja schon, sie kann über vieles selbst entscheiden, aber über die wichtigsten Dinge kann sie im Grunde nicht entscheiden, z. B. in der Frage der Wiedervereinigung, was Berlin angeht und die deutschen Grenzen, aber auch in Fragen der Verteidigungspolitik. Die Bundeswehr ist stark in die NATO integriert, sie darf keine Atomwaffen besitzen. Die Schwierigkeit besteht heute darin, daß die Deutschen dies plötzlich entdeckt haben. Wobei zu fragen wäre: Warum regen sich die Deutschen mit einem Mal so auf? Das ist keine neue Situation. Das ist die Situation seit 1955. Dasselbe gilt für die atomare Bedrohung. Auch sie ist keineswegs neu. Entweder haben die Leute geschlafen, oder sie fanden es gut, wie es war.

„Wir konnten uns vom Druck Amerikas befreien“

HK: Bei der Diskussion über die Friedensbewegung ist in Frankreich vom wiedererwachten Isolationismus in den USA zu lesen, von Neutralismus und Wiedervereinigungseuphorie in der Bundesrepublik. Weniger liest man über die Gefahr, deretwegen man in Deutschland und in anderen Teilen der Welt auf die Straße geht: die atomare Bedrohung, die Überrüstung, der Rüstungswettlauf. Haben die Franzosen keine Angst?

Ménudier: Die Franzosen haben ein anderes Verhältnis zur Kernkraft als die Deutschen. Beim Vergleich Deutschland – Frankreich darf man nicht vergessen, daß die beiden Länder sehr unterschiedlich besiedelt sind: Frankreich hat 98 Einwohner pro Quadratkilometer, die Bundesrepublik 248. Schon auf Grund der Bevölkerungsdichte ist der Bundesbürger viel stärker sensibilisiert für diese Fragen. Die Bevölkerungsdichte erklärt sehr viel. Sie erklärt z. B. auch, warum die Friedensbewegung in den Niederlanden so stark vertreten ist, dem am dichtesten besiedelten Land innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

HK: Steht dahinter auch eine unterschiedliche Einschätzung der Technik?

Ménudier: Das ist schwer zu entscheiden. Auf jeden Fall haben die Franzosen die Kernkraft von vorneherein als einen Fortschritt betrachtet, die neue Möglichkeiten erschließt. Mit ihr leben wir schon seit langem und sind ziemlich gut damit gefahren. Es gibt keine nennenswerte Ablehnung der Atomkraftwerke. Fragt man Bürgermeister und Anwohner an den Standorten der AKW's, so hört man viel Positives. Die Kraftwerke bringen lokale und regionale Investitionen. Da werden Arbeitsplätze geschaffen. Die Gemeinden können gut damit leben. Warum sollten sie sie ablehnen? Natürlich kann es Unfälle geben. Aber Unfälle gibt es überall. Und bis jetzt hat es schlimme Unfälle nicht gegeben. Das Verhältnis zur militärisch genutzten Kernkraft ist gleichfalls positiv. Die Franzosen haben gesehen, daß sie durch den Aufbau der „force de frappe“ ein unabhängiges Land geworden sind. Wir konnten uns etwas vom Druck Amerikas befreien. Und die Franzosen haben gesehen, daß wir mit Hilfe dieser Nuklearpolitik Ruhe gehabt haben in Europa. Seit 1945 hat es keinen Krieg mehr gegeben. Das ist zum Teil auch damit zu erklären, daß wir die „force de frappe“ und die amerikanischen Waffen in Europa gehabt haben.

„Ein Hang zu Romantik und Selbstvernichtung“

HK: Noch einmal zur Technikfrage: Wie können Sie sich erklären, daß die Gefahren des technischen Fortschritts in der Bundesrepublik offenbar stärker wahrgenommen werden als im südwestlichen Nachbarland?

Ménudier: Hängt das nicht mit der Mentalität insgesamt zusammen? Mit Sentimentalität, einem bestimmten Hang zu Romantik und Selbstvernichtung bei den Deutschen, die gerne in alle möglichen Richtungen übertreiben?

HK: Übertreiben hier die Deutschen, oder verharmlosen die Franzosen? Sind die Deutschen vielleicht einfach sensibler für die Nachteile, die wir uns mit dem eingehandelt haben, was wir Zivilisation nennen? Nachteile, die auch Frankreich zu spüren bekommt, wenn auch u. U. etwas später?

Ménudier: Die Bundesrepublik geht durch eine schwierige Periode der Infragestellung dessen, was sie erreicht hat. Das erklärt sich wahrscheinlich auch mit der Geschichte dieses Landes. Nach dem Zusammenbruch war es das wichtigste Ziel der Deutschen, wieder aufzubauen, so daß man einigermaßen angenehm leben konnte. Dieser Wiederaufbau hat ungefähr zwanzig Jahre gedauert. In dieser Zeit dachte man sehr wenig über Grundwerte, über Grundprobleme der Gesellschaft nach. Dann kam eine Generation von Jungen, die nach dem Krieg geboren wurde, und hat angefangen, kritische und unbequeme Fragen zu stellen. Diese Diskussion dauert nun seit fast zwanzig Jahren. Schwierig ist es deswegen in der Bundes-

republik geworden, weil diejenigen, die mit dieser Diskussion begonnen haben, heute etwas über vierzig Jahre alt sind und Positionen innerhalb von Staatsapparat und Kulturleben innehaben. Diese Leute sind nicht bereit, das Erbe so zu übernehmen, wie es ihnen von den Eltern übergeben wurde.

HK: Nun gab es diese Infragestellung ja auch in Frankreich. Die 68er Studentenunruhen haben weit über die Grenzen Ihres Landes hinaus ihre Wirkung gezeigt. Warum erfolgt ihre Fortsetzung in der Friedens- und Ökologiebewegung, und dieser Zusammenhang wird gerade auch in Frankreich immer wieder unterstrichen, offenbar in Ihrem Land nicht ähnlich stark wie in der Bundesrepublik?

Ménudier: Wahrscheinlich hängt dies mit dem politischen Aufbau der beiden Länder zusammen. Weil wir Zentralisten sind, wird bei uns vieles in Paris entschieden. Der Staat braucht praktisch keine Rücksicht zu nehmen auf die Regionen. In der Bundesrepublik gibt es dagegen die ständige Diskussion zwischen Bund und Ländern. Hier gab es für die Protestbewegungen eine Möglichkeit einzusteigen. Wenn Sie die Friedensbewegung, vor allem die Ökologiebewegung betrachten, dann sehen Sie, daß sie von unten ausgegangen ist, von der lokalen und regionalen Basis. Da besaß sie ihre ersten Einflußmöglichkeiten. Bei uns hat sie die kaum. In der Bundesrepublik kam diese Bewegung von den Gemeinden, den Bürgerinitiativen, wurde dann in die Landtage gewählt und schließlich auch in den Bundestag. Diese Schritte von unten nach oben sind bei uns nur schwer zu vollziehen.

HK: Das erklärt einiges, aber sicher nicht alles ...

Ménudier: Damit haben Sie recht. Der Grund liegt vermutlich darin, daß Frankreich keine eigentliche Identitätskrise kennt wie die Bundesrepublik. Das hängt damit zusammen, daß wir eine lange Geschichte haben, daß wir seit vielen Jahrhunderten eine Einheit bilden. Und es besteht ein Grundkonsens in Fragen von Nation und Staat. Es gibt zwar kleinere Grüppchen, die hier gegensteuern. Aber sie sind kaum in der Lage, sich Gehör zu verschaffen. Auch Verteidigungspolitik und „force de frappe“ werden nicht in Frage gestellt. In Grundfragen kennt Frankreich eine Übereinstimmung, wie sie in der Bundesrepublik nicht besteht. Die Bundesbürger müssen dagegen mit ihrer Vergangenheit fertig werden, mit der Zeit von 1933 bis 1945 und der Zeit vorher. Sie müssen sich Fragen stellen, die wir Franzosen uns nicht zu stellen haben: Was sind wir? Was sollen wir? Wohin wollen wir? Und obendrein können sie darin nicht weiterkommen. Das offizielle Ziel muß die Wiedervereinigung sein. Man weiß aber, daß das nur schwer zu erreichen sein wird. Und die Wiedervereinigung selbst ist nicht einmal Sache der Deutschen, sondern der Alliierten. Die müßten ja sagen, bevor sich da etwas bewegt. Also stößt man sich an den Alliierten und am politischen Status der Bundesrepublik.

„Die Friedensbewegung stellt eine Minderheit dar“

HK: Beunruhigt Sie eigentlich die Lage in der Bundesrepublik?

Ménudier: Es ist sehr schwer, über die Lage in der Bundesrepublik ein klares Urteil zu haben. Einerseits muß man von bestimmten Tatsachen ausgehen. Die Bundestagswahlen ergaben eine deutliche Mehrheit für die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Wahrscheinlich war die Wahl auch eine Abstimmung über die Verteidigungspolitik. Die Regierung bejaht die Zusammenarbeit mit den USA, das Atlantische Bündnis, den Doppelbeschluß der NATO, die Aufrüstung, sofern sie nötig ist. Dafür dürfte es nach wie vor eine Mehrheit geben. Andererseits ist die Bedeutung der Friedensbewegung schwer einzuschätzen. Man würde es sich zu leicht machen, wenn man sie mit der Bemerkung abtun wollte, das seien alles nur linke Leute. Die Friedensbewegung greift bis in die Regierungsparteien hinein. Auch liberale und konservative Bürger stellen sich diese Fragen. Trotz allem meine ich, daß die Friedensbewegung eine Minderheit darstellt. Die Gefahr besteht natürlich, daß die Extremisten in den militanten Gruppen am meisten von sich reden machen. Als Beobachter von außen steht man vor der Frage, was nun das Wichtigere ist, die Regierung, der Staatsapparat, die Institutionen, die Parteien, die im Bundestag vertreten sind, oder die sozialen Bewegungen. Von außen sieht man oft nur die Friedensbewegung, so als sei sie eine Riesensache, als würde die Bundesrepublik von ihr erdrückt. Ist das aber wirklich so?

HK: Nicht wenige Bundesbürger sind der Ansicht, nicht alles, was legal sei, was nach demokratischen Spielregeln einwandfrei von den dazu ermächtigten Instanzen beschlossen werde, habe damit auch als legitim zu gelten. Man erlebt es inzwischen häufiger, daß der formale Weg der Konsensbildung eingehalten wurde, das Volk bzw. Teile des Volkes aber nicht gewillt sind, bestimmte Entscheidungen anzunehmen. Man reklamiert sogar ein Recht auf Widerstand gegen diese Entscheidungen. Andere wiederum sehen in dieser Einstellung eine ernste Gefahr für die Erhaltung des demokratischen Systems. Teilen Sie solche Befürchtungen?

Ménudier: Die Auseinandersetzung um Legalität und Legitimität ist nicht neu. Viele Demokratien haben sie schon durchgemacht. Das ist eine Frage, die sich immer wieder unter anderen Perspektiven stellt. Das Parlament ist gewählt, aber die soziale Wirklichkeit kann sich inzwischen geändert haben. Das haben wir auch in Frankreich mehrfach erlebt. Das ist eine ganz normale Sache. Man sollte das auf keinen Fall dramatisieren. Man muß natürlich wissen, daß bestimmte Entscheidungen von bestimmten Instanzen getroffen werden. So sind Außen- und Verteidigungspolitik beispielsweise Sache von Parlament und Regierung. Beim Stichwort ‚Widerstand‘ werden wir in Frankreich natürlich hellhörig. Ich frage mich manchmal,

ob es nicht einer Perversion des Vokabulars gleichkommt, hier von ‚Widerstand‘ zu sprechen. ‚Résistance‘ stellt für uns einen Begriff von besonderer Bedeutung dar ...

HK: ... einen Mythos ...

Ménudier: ... auch einen Mythos. Das hängt mit der Zeit zwischen 1940 und 1945 zusammen. Die Bundesrepublik ist eine Demokratie. Man kann sich da frei ausdrücken. Ich finde es ganz normal, wenn Bürger die Richtigkeit, die Zweckmässigkeit von Entscheidungen des Staates, der Regierung, der Parlamente anzweifeln. In solchen F llen muß es eine demokratische Auseinandersetzung geben.

„Inwieweit übernimmt Amerika seine Schutzgarantie?“

HK: Eine der Triebfedern der Friedensbewegung im Westen ist auch der Zweifel an der Glaubwürdigkeit des eigenen westlichen Modells, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit der westlichen Führungsmacht USA. Wird dieser Zweifel in Frankreich ähnlich empfunden wie in der Bundesrepublik?

Ménudier: Auch bei uns gibt es einen starken Antiamerikanismus, eine Ablehnung des amerikanischen Modells, besonders im kulturellen Bereich. Die Franzosen meinen, sie seien die einzigen, die kultiviert seien ... Eine deutliche Kritik gab es am Krieg in Vietnam und gibt es an der Politik Ronald Reagans in Zentralamerika. Aber das hat nicht direkt zu tun mit dem Problem, vor dem wir stehen. In Westeuropa sind wir heute mit der Frage konfrontiert, inwieweit die Amerikaner bereit sind, ihre Schutzgarantie wirklich zu übernehmen. Die traurige Realität ist, und das sieht man vielleicht in der deutschen Friedensbewegung zu wenig, daß Westeuropa nicht in der Lage ist, sich selber zu verteidigen. Europa braucht die Schutzgarantie der Amerikaner. Natürlich ist das für Europa unangenehm. Es wäre schöner, wenn wir das nicht bräuchten. Aber das gehört nun einmal zu den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs. Der Friedensbewegung ist vorzuhalten, daß sie sich mit dem Erbe der Vergangenheit nicht genügend beschäftigt. Warum ist Deutschland gespalten? Warum stehen die Amerikaner in Deutschland? Weil es Hitler gegeben hat ...

HK: Wie sch tzen Sie den kirchlich-religiösen Einfluß auf die Friedensbewegung ein?

Ménudier: Zunächst konnte man den Eindruck haben, die Friedensbewegung sei in erster Linie eine Sache des nördlichen Europas. Wahrscheinlich gibt es hierfür zwei Erklärungen, eine religiöse und eine politische. Zu letzteren nur so viel: Die Friedensbewegung ist stark in Ländern, in denen die Sozialdemokratie mehr oder weniger lange an der Macht war. Das sind Länder, in denen man es gewohnt ist, mehr über soziale Probleme und Bedürfnisse zu sprechen als über militärische. In Ländern mit einer starken sozialdemokratischen Tradition besteht die Versuchung, die sozialen vor die militärischen Bedürfnisse zu

stellen. In den Niederlanden kommt außerdem eine Neutralit tstradition hinzu, die andere Länder so nicht kennen. Zu den Einflüssen von Religion und Kirche: Gerade weil die protestantische Kirche in Deutschland trotz des mutigen Einsatzes der Bekennenden Kirche insgesamt wenig gegen Hitler unternommen hat, weil sie sich angepaßt hat, umgefallen ist, hat sie ein schlechtes Gewissen. Und dabei übertreibt sie es diesmal in einer anderen Richtung. Man mischt sich in Dinge, in die man sich nicht unbedingt einmischen sollte. Letzten Endes haben Bischöfe nicht über die Verteidigungspolitik zu entscheiden.

HK: Sie nennen es „schlechtes Gewissen“. In der Friedensbewegung sagt man, man wolle aus Fehlern lernen und seine Stimme dann erheben, wenn es noch nicht zu spät ist.

Ménudier: Natürlich haben sie aus ihren Fehlern gelernt. Allerdings läuft man Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen. Alfred Grosser hat beim Evangelischen Kirchentag in Hannover von einem neuen Klerikalismus der Evangelischen Kirche gesprochen. Er stieß damit auf eine starke Ablehnung. Aber ich glaube, daß was Wahres dran ist.

HK: Gibt es für Sie so etwas wie eine „prophetische Aufgabe“, die die Kirche legitimerweise, gelegen oder ungelegen, wahrzunehmen hat? Vielleicht auch gerade die besondere Aufgabe der deutschen Kirchen, sensibler als andere in diesen Fragen zu sein?

Ménudier: Dies ist zweifellos eine Aufgabe der Kirche. Ich bin nicht dagegen, daß die Kirche sie wahrnimmt. Nur müssen immer bestimmte Grenzen beachtet werden. Die Kirche soll nicht immer nur Amen sagen zu dem, was der Staat tut. Die Kirche ist dazu da, daß sie vieles in Frage stellt, uns vor allem auf ethische Fragen hinweist. Die Probleme dürfen nicht nur unter der parteipolitischen Perspektive gesehen werden wie in den Schauk mpfen, die von den Parteien in den Medien ausgetragen werden. Das Problem ist nur, daß man die Diskussion um die Verteidigung beispielsweise nicht nur unter einer ethischen Perspektive führen kann oder nur unter einer technischen. Beides muß zusammengebracht werden.

„Ist das moralisch vertretbar?“

HK: Wie Frankreich insgesamt hält sich auch Frankreichs Kirche in der R stungsfrage sehr zurück. Warum?

Ménudier: Es ist interessant – wobei ich nicht weiß, wo das hinführen wird –, daß es eine Diskussion innerhalb der Kirche gibt, in der danach gefragt wird, wie moralisch die französische Verteidigungsstrategie eigentlich ist. Dabei wird nicht so sehr die „force de frappe“ als solche in Frage gestellt als vielmehr die „anticit “-Strategie. Diese Strategie besagt, daß unsere Waffen nicht die Absicht verfolgen, die Waffen des Gegners zu zerstören, sondern die Zivilbevölkerung anzugreifen. Unsere Waffen sind nicht in der Lage, viel zu zerstören. Wenn wir sie allerdings auf die Bevölkerung richten, stellen sie natürlich eine enorme

Bedrohung dar. Und die Kirche hat meiner Ansicht nach sehr richtig die Frage gestellt: Ist das moralisch vertretbar? Sie hat geantwortet: Nein, das ist moralisch nicht in Ordnung. Das ist noch nicht der Standpunkt der gesamten katholischen Kirche bei uns. Vieles bewegt sich aber in diese Richtung. Ich finde es richtig, daß die Kirche eine solche Diskussion vorantreibt. Vor allem dann, wenn der Konsens unter den politischen Parteien groß ist.

HK: Welche Auswirkungen wird die unterschiedliche Haltung zur Nachrüstungsfrage in Frankreich und der Bundesrepublik voraussichtlich auf die deutsch-französischen Beziehungen haben?

Ménudier: Eine Belastung der beiderseitigen Beziehungen

wird wahrscheinlich unvermeidlich sein. Hier in Paris hat man Angst, Bonn könnte unter dem Druck der Straße weich werden. Man befürchtet, daß einiges von dem in Frage gestellt werden könnte, was bislang als sicher galt. Viel Vertrauen können wir allem Anschein nach nicht haben. Hinzu kommt – und auch das belastet die Beziehungen zur Zeit erheblich – die negative Handelsbilanz Frankreichs der Bundesrepublik gegenüber. Die Deutschen exportieren mehr Waren nach Frankreich, als sie aus Frankreich importieren. Alles in allem nehme ich an, daß zutreffen könnte, was François Mitterrand in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag meinte: daß 1983 ein schicksalhaftes Jahr für die deutsch-französischen Beziehungen werden könnte.

Wie steht es um die kirchliche Bußpraxis?

Versuch einer Zwischenbilanz

Die Bußpraxis in der katholischen Kirche ist seit geraumer Zeit im *Umbruch* begriffen. Sichtbarster Ausdruck dafür ist die weithin gewandelte Einstellung zum Bußsakrament, wie sie zumindest in den westeuropäischen und nordamerikanischen Ortskirchen zu beobachten ist. Die Phase des Umbruchs, der schon in den Jahren vor dem Zweiten Vatikanum begann, ist *noch längst nicht abgeschlossen*, weder was die theologische Theorie noch was die Praxis anbelangt. Allerdings hat sich die Situation in den letzten Jahren in mancher Hinsicht verändert: Die Diskussion über die Krise des Bußsakraments und über neue Formen der Bußpraxis wird nicht mehr mit derselben Intensität geführt wie Anfang der siebziger Jahre; auch die Zahl der einschlägigen Veröffentlichungen ist zurückgegangen (eine umfassende Zusammenstellung von nach 1975 erschienenen Büchern und Aufsätzen bietet: *Alfredo Marranzini*, *La riconciliazione e la penitenza nella missione della Chiesa*, In: *Rassegna di teologia*, Heft 4, 1983, 337–360). Inzwischen hat man auch Erfahrungen mit den neuen Wegen der Bußpastoral in den verschiedenen Ortskirchen und Gemeinden gesammelt, auf Grund derer begründetere Aussagen etwa über den Sinn von Bußgottesdiensten möglich sind.

Viele Erfahrungen, die in den letzten zwanzig Jahren in den einzelnen Ländern mit Veränderungen der Bußpraxis gemacht wurden, und vieles von dem, was in diesem Zusammenhang diskutiert wurde, wird auf der *sechsten Vollversammlung der Bischofssynode* zur Sprache kommen, die in diesen Tagen ihre Arbeit beginnt. Ob sie die Herausforderungen, die das Thema „Versöhnung und Buße im Sendungsauftrag der Kirche“ enthält, auch wirklich annimmt, wird sich in den kommenden Wochen zeigen; in jedem Fall regt das Thema dieser Vollversammlung dazu an, eine Zwischenbilanz der theologischen und pastoralen Bemühungen um eine Erneuerung der kirchlichen Bußpraxis zu versuchen.

Der „Ordo Paenitentiae“ und seine Umsetzung in den Ortskirchen

Einen Einschnitt für die intensive Diskussion der Jahre nach dem Konzil (vgl. den Überblick zum deutschen Sprachraum in *HK*, März 1973, 137–143) brachte der neue „*Ordo Paenitentiae*“ vom 2. Dezember 1973 (vgl. *HK*, März 1974, 159). Ihm waren die Normen der Glaubenskongregation über die Erteilung der sakramentalen Generalabsolution vom 16. Juni 1972 vorausgegangen (vgl. *HK*, August 1972, 391–393). Darin wurde zugestanden, daß eine „schwerwiegende Notwendigkeit“, die die Erteilung der sakramentalen Generalabsolution rechtfertige, dann vorliege, „wenn angesichts der Zahl der Pönitenten die notwendige Anzahl von Beichtvätern nicht zur Verfügung stehe, um innerhalb einer angemessenen Zeit die Beichte der einzelnen Gläubigen in gebührender Weise zu hören“.

Nicht nur die Glaubenskongregation wies in ihren Richtlinien darauf hin, man müsse an der Lehre des Trienter Konzils über das Bußsakrament festhalten und sie in der Praxis treu durchführen; auch der „*Ordo Paenitentiae*“ bekräftigte die tridentinischen Lehraussagen: so wurde festgehalten, daß der Gläubige, um der „heilbringenden Wirkung des Bußsakraments“ teilhaft zu werden, alle schweren Sünden dem Priester einzeln bekennen müsse. Gleichzeitig nahm der neue „*Ordo Paenitentiae*“ aber *Anliegen* auf, die in Theologie und Pastoral im Interesse einer erneuerten Bußpraxis artikuliert wurden. In den „*Praenotanda*“ wird das Bußsakrament in den Gesamtzusammenhang der Versöhnung als Lebensvollzug der Kirche gestellt; der Gemeinschaftsbezug von Buße wird dadurch berücksichtigt, daß neben der herkömmlichen Form der Beichte und der Generalabsolution auch eine „Gemeinschaftliche Feier der Versöhnung mit Bekenntnis und Lossprechung der einzelnen“ angeboten und der